



ODENWALD KURIER

Zeitung der **DKP** für den Odenwald

Februar
2025

Guten Tag!

Auch das neue Jahr verspricht, besonders für die arbeitende Bevölkerung, die Rentner und die jugendliche Bevölkerung, nichts Gutes. Die Wirtschaft befindet sich im Abwärtstrend, die Firmenpleiten haben Hochkonjunktur, mit dramatischen Aussichten für die Beschäftigten. Wenn die Arbeitsplätze verloren gehen, schwinden auch die Angebote für Ausbildungsplätze. Diese Krise betrifft alle, außer dem einen Prozent der Bevölkerung, das die Hälfte des gesellschaftlichen Vermögens besitzt. Das ist kein Ausdruck des Neids, sondern eine grundsätzliche Kritik am kapitalistischen System, welches Kapitalvermögen zu Lasten der Bevölkerungsmehrheit erheblich bevorzugt und die Umverteilung beschleunigt.

Einfach gesagt: Während Wenige immer reicher werden, nimmt die Armut unten immer weiter zu und immer größere Bevölkerungsschichten müssen den Gürtel enger schnallen.

Vor diesem Hintergrund stehen jetzt kurzfristig vorgezogene Bundestagswahlen an, und die Parteien zeigen ihre Schokoladenseiten. Der erste Eindruck, den man gewinnt: Man sieht auf den Plakaten Köpfe ohne politische Aussage. Offensichtlich sind die Einheitsbrei-Parteien der Ansicht, lieber keine Versprechungen zu machen, die man nicht einzuhalten gedenkt. Wir kennen alle das Versprechen der „Grünen“ vor den letzten Bundestagswahlen, keine Waffen in Kriegsgebiete zu liefern. Heute ist das für die grünen Kriegstreiber alles Schnee von gestern.

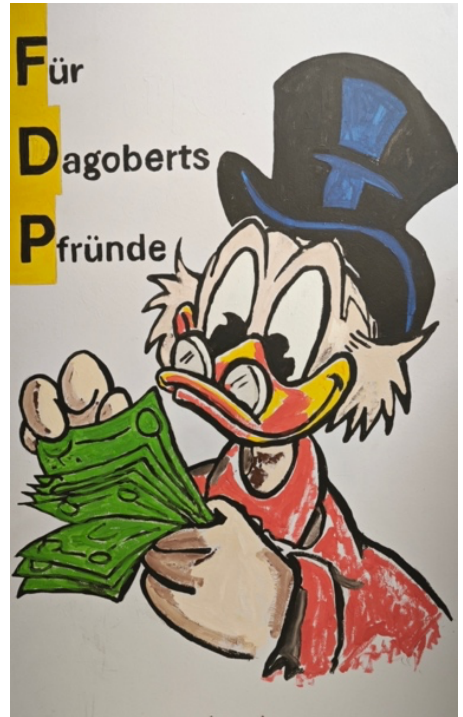
Nun ergibt sich mit dem neuen US-Präsidenten Donald Trump eine neue Situation in unserer politischen Landschaft. Während die ehemaligen Ampelparteien und die CDU/CSU noch nicht wissen, in welche Richtung sie ihre zukünftige Politik wenden sollen, kommt von Trump die Botschaft, dass die EU ihre Rüstungsausgaben auf 5 Prozent des BIP steigern solle.

Das Bruttoinlandsprodukt Deutschlands betrug 2023 4,19 Billionen Euro und 5% davon sind 209 Milliarden Euro. Der Bundeshaushalt betrug 476,2 Milliarden Euro. Das würde heißen, dass 44% des deutschen Haushalts für die NATO verschleudert würden.

Frau Weidel, die Kanzlerkandidatin der AfD, hat schon zum Ausdruck gebracht, dass sie diese 5% für Rüstungsausgaben für angemessen hält. Auch der Wirtschaftsminister Robert Habeck und auch die CDU des Friedrich Merz brachten 3,5 Prozent für die Rüstung ins Spiel. Die SPD überlässt dieses Thema Boris Pistorius, und für den hat die Aufrüstung Priorität!

Somit befinden wir uns in einem Überbietungswettbewerb.

Eins ist klar, jeder Euro für Rüstung und Kriegsvorbereitung frisst unser Geld auf und fehlt bei den Renten, bei den Kranken, den Kindern und Jugendlichen, bei Bildung und Pflege.



Was tun?

Wir von der DKP geben keine Wahlempfehlung ab und rufen stattdessen auf, den Kampf für Frieden und Abrüstung zu unterstützen. Wir befinden uns am Abgrund, wenn wir diesen Kriegskurs nicht aufhalten. Zu Coronazeiten wurden wir durch Regierung und Konzernmedien täglich in Angst und Schrecken versetzt, und heute wiegt man uns in der bedrohlichen Kriegsfrage in Arglosigkeit. Das ist verhängnisvoll!

R. Weber

Bevor es zu spät ist

Im Krieg locken Rekordgewinne, die Profite der Rüstungskonzerne explodieren. Die NATO trommelt immer aggressiver zum Krieg gegen Russland. Die US-Regierung zündelt im Pazifik. Israel eskaliert den Krieg gegen die Palästinenser und seine Nachbarstaaten. Der Stellvertreterkrieg in der Ukraine wird in die Länge gezogen, Frieden verhindert.

Besonnene Ex-Militärs sind über die Kriegsbesoffenheit der Ampel-Regierung entsetzt.

„Ich befürchte, der Ukraine-Krieg wird zur Urkatastrophe des 21. Jahrhunderts“, warnt etwa der frühere ranghöchste BRD-General Harald Kujat. Dies ignorierend, herrscht in den allermeisten Medien Hochkonjunktur für Lügner und Faktenverdreher. Setzen sich die Kriegstreiber durch, wird es zu gewaltigen Streichungen von Sozialleistungen und dem beschleunigten Verfall der Infrastruktur kommen. Die Gefahr des 3. Weltkriegs wächst.

Die Katastrophe kann nur durch Deeskalation, Diplomatie und Abrüstung abgewendet werden. Immer mehr Menschen erkennen das und gehen der Kriegspropaganda nicht mehr auf den Leim. Sie müssen aktiv werden. Wir brauchen eine starke Friedensbewegung und Gewerkschaften, die sich nicht in den Kriegskurs einbinden lassen.

DKP Parteivorstand

Das Problem mit Geflüchteten

Fast alle im Bundestag vertretenen Parteien haben sich im Wahlkampf auf die Reduzierung von Flüchtlingen eingeschossen, verspricht es doch Wählerstimmen. Leider wird verschwiegen, wie es zu diesen Flüchtlingsströmen kam.

Das Problem entstand mit der Ausrufung des „Krieges gegen den Terror“ durch G.W. Bush nach den Anschlägen auf das World Trade Center in New York 2001. Ab diesem Zeitpunkt entfesselten die USA mit der NATO und einer „Koalition der Willigen“ nacheinander Kriege in Afghanistan und dem Irak, was diese Staaten nachhaltig und bis auf den heutigen Tag zerstört hat.

Mit dem Krieg beginnt die Flucht!

Was die Öffentlichkeit zu diesem Zeitpunkt noch nicht wusste, kam erst im Jahr 2007 an die Öffentlichkeit, als Wesley Clark, US-General im Ruhestand, im Commonwealth Club in San Francisco seine Biographie vorstellte und berichtete: Kurz nach dem Terroranschlag auf die USA

2001 traf er im Pentagon einen Mitarbeiter, den er kannte, ihn in sein Büro bat und ihm eröffnete, dass die USA den Irak angreifen werde. Auf die Frage warum, antwortete der nur „Wir wissen es nicht“. Der Irak werde auch nicht mit dem Anschlag auf das World Trade Center in Zusammenhang gebracht. Wochen später habe er den Offizier wieder getroffen und gefragt, ob es bei dem Plan bleibe. „Es wird noch viel schlimmer“, habe der geantwortet und ihm von einem geheimen Memo des Verteidigungsministers berichtet: „Wir werden sieben Staaten in fünf Jahren zerstören“.

In dem Memo werden Irak, Syrien, Libanon, Libyen, Somalia, Sudan und Iran genannt. In dieser Reihenfolge. „Unser Land war in die Hände einer Gruppe von Männern, Paul Wolfowitz, Dick Cheney, Donald Rumsfeld und anderen, geraten, die den mittleren Osten destabilisieren, ins Chaos stürzen und unter unsere Kontrolle bringen wollten“, resümierte der heute 80-jährige pensionierte General und Vietnam-Veteran. So ist es dann gekommen und hat viele Verzweifelte in die Flucht getrieben. Auch der Krieg gegen den Donbas hat Millionen Menschen zur Flucht veranlasst, viele davon nach Russland, was man hier gerne verschweigt.



Man kann den Eindruck gewinnen, dass Europa durch diese Kriegspolitik gezielt als Konkurrenten der USA geschwächt werden sollte. Mithilfe der „Atlantikbrücke“ des „German Marshall Fund“ und der „Young Global Leaders“ durch deren Schulen viele unserer politischen Eliten gegangen sind, mangelt es in der EU nicht an willigen Helfern.

G. Janske

***V.i.S.d.P.: Reinhold Fertig Hochstraße 31, 64720 Michelstadt
E-Mail reinhold-fertig@t-online.de***